

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

martin.kocher@bma.gv.at
+43 1 711 00-0
Untere Donaustraße 13-15, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.822.245

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)4516/J-NR/2020

Wien, am 05. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Wimmer, Genossinnen und Genossen haben am 11.12.2020 unter der **Nr. 4516/J** an meine Vorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Misstandsfeststellung und Empfehlung der Volksanwaltschaft zum Corona-Familienhärteausgleich** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7

- *Wie werden die Misstände, die durch die Volksanwaltschaft festgestellt wurden, behoben?*
- *Wann werden die Misstände behoben?*
- *Werden Selbstständige künftig über die Möglichkeit, eine Differenzzahlung nach Einreichung des Einkommenssteuerbescheids 2019 zu erhalten, informiert?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
 - *Wenn ja, wie wird die Information konkret gestaltet?*
- *Wird die pauschale Abgeltung für Selbstständige künftig für drei Monate ausbezahlt?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Ab wann wird es möglich sein, Zuwendungen durch den Corona-Familienhärteausgleich auf ein ausländisches Konto zu erhalten?*
- *Ist eine Reform des Corona-Familienhärteausgleichs geplant?*
- *Wird es eine Evaluierung des Corona-Familienhärteausgleichs geben?*

- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, wie ist diese Evaluierung konzipiert und wer wird sie durchführen?*
- *Wenn ja, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen und werden diese dem Parlament vorgelegt?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Ich darf darauf hinweisen, dass mit Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2021, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 41/2021 die Angelegenheiten der Familie und Jugend an die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration übertragen wurden. Ich habe diese daher an die zuständige Bundesministerin zur Beantwortung weitergeleitet.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

